

Eine neue Kohäsionspolitik für Wachstum und mehr Arbeitsplätze in Europa

Was ist die Kohäsionspolitik?

Die Kohäsionspolitik ist die Hauptinvestitionsstrategie des Haushalts der Europäischen Union (EU).

Durch den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), den Kohäsionsfonds und den Europäischen Sozialfonds (ESF) unterstützt die EU neue, innovative Unternehmen und KMU, schafft zukunftsfähige Arbeitsplätze, verbessert Kompetenzen, bekämpft Armut, fördert die soziale Integration, versorgt entlegene Gebiete mit Breitbandanschlüssen, bekämpft die Abwanderung hoch qualifizierter Arbeitskräfte, verbessert die Umwelt, fördert Energieeffizienz und den Einsatz erneuerbarer Energiequellen, baut unerlässliche Verkehrsverbindungen auf und stärkt die Effizienz der öffentlichen Verwaltungen.

Gemeinsam machen diese Fonds über ein Drittel des gesamten EU-Haushalts aus. Alle EU-Regionen profitieren von der Kohäsionspolitik, aber in ärmere Regionen wird in größerem Umfang investiert.

Warum gab es eine große Reform?

Die Kohäsionspolitik ist ein Schlüssel zur Verwirklichung der Strategie Europa 2020 und es wurden Reformen durchgeführt, um sicherzustellen, dass sie intelligent genutzt werden. Die neuen Bestimmungen, die in der vielleicht größten Reform dieser Fonds eingeführt wurden, legen fest, dass die Mittel auf Schwerpunktsinvestitionen konzentriert werden, die einer klaren zwischen den Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission verhandelten und beschlossenen Strategie entsprechen.

Jede Region muss einen beträchtlichen Prozentsatz des EFRE in Innovation und Forschung, die Digitale Agenda, die Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen und die Umstellung auf eine CO₂-arme Wirtschaft investieren (stärker entwickelte Regionen: 80 %, Übergangsregionen: 60 % und weniger entwickelte Regionen: 50 %).

Zum ersten Mal ist dem ESF ein Mindestanteil zugewiesen; er umfasst mindestens 80 Mrd. EUR. Der ESF unterstützt die Menschen dabei, einen Arbeitsplatz zu finden und zu behalten, und tragen dazu bei, die Qualität der Bildung zu verbessern sowie die öffentlichen Verwaltungen zu modernisieren, während die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen gezielt junge Europäer unterstützt.

Was ändert sich im Zeitraum 2014-2020 noch?

Eine Reihe von Verbesserungen wurde eingeführt, um die Verwendung der Fonds effektiver zu gestalten, wobei der Schwerpunkt verstärkt auf den Ergebnissen liegt:

- Festlegen klarer, nachvollziehbarer und messbarer Ziele;
- Einführen von Bedingungen, ehe Mittel investiert werden können;
- Bürokratieabbau und Vereinfachung der Bestimmungen;
- Zweckbindung von Ressourcen für die Stadtentwicklung;
- Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den Regionen eines Mitgliedstaates und über die Landesgrenzen hinweg.

Wie hoch werden die Investitionen 2014-2020 sein?

Die Kohäsionspolitik wird 351 Mrd. EUR in die Städte und Regionen der EU investieren. Davon:

- Ungefähr 63,4 Mrd. EUR (aus dem Kohäsionsfonds) in wichtige transeuropäische Verkehrsverbindungen und wichtige Umwelteinfrasturkturprojekte;
- Mindestens 26,7 Mrd. EUR in die CO2-arme Wirtschaft;
- Mindestens 80,3 Mrd. EUR in Investitionen nach dem ESF.

Was haben die Nettozahler davon?

Zwei Drittel des Handels in der EU finden zwischen den 28 Mitgliedstaaten statt. Durch Investitionen in die weniger wohlhabenden EU-Regionen werden diese reicher und es werden Chancen für Exporteure und Dienstleistungsanbieter aus stärker entwickelten Ländern geschaffen.

Reiche Regionen brauchen das Geld nicht ... oder?

Oberste Priorität der Kohäsionspolitik ist es, weniger entwickelte Regionen dabei zu unterstützen, ihre Zukunftsaussichten zu verbessern. Wenn die EU jedoch wettbewerbsfähig bleiben soll, müssen wir überall strategisch investieren. Dazu gehört auch, dass wir leistungsstarke Regionen auf dem neuesten Stand halten.

Was tut die Kohäsionspolitik für die am stärksten von der Krise betroffenen Länder?

Die Kohäsionspolitik hat schnell und effektiv auf die Krise reagiert, indem sie Mittel dorthin, wo sie am dringendsten benötigt wurden, umgeleitet und in Schlüsselbranchen für Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen investiert hat. Darüber hinaus sorgten eine Senkung der nationalen Kofinanzierungsanforderungen und das Vorziehen von Finanzzuweisungen an von der Krise betroffene Mitgliedstaaten für die in Zeiten angespannter öffentlicher Haushalte dringend benötigte Liquidität.

Wie wird gegen Betrug vorgegangen?

Es gibt strenge Regeln und Kontrollmaßnahmen, um den Missbrauch der Fonds zu verhindern. Nationale und regionale Behörden müssen bestimmte Grundanforderungen erfüllen, bevor einem Projekt Gelder zugewiesen werden. Werden Probleme festgestellt, müssen die Kommission und die nationalen Behörden Abhilfemaßnahmen ergreifen. Werden die nationalen Behörden nicht umgehend tätig, kann die Kommission Zahlungen einstellen oder aussetzen. Darüber hinaus arbeitet die Kommission eng mit dem [Europäischen Rechnungshof](#) und dem [Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung \(OLAF\)](#) zusammen.

Warum brauchen wir für all das die EU?

Der EU-Haushalt ist auf einen Zeitraum von sieben Jahren ausgelegt und bietet öffentlichen Investitionen somit einen sicheren und stabilen Rahmen. Diese finanzielle Stabilität ist insbesondere für wichtige Infrastrukturmaßnahmen, deren Umsetzung mehrere Jahre in Anspruch nimmt, von Bedeutung, aber auch für Unternehmen und öffentliche Einrichtungen, die andernfalls in einem sehr unsicheren Umfeld operieren müssten.

An wen kann ich mich wenden, wenn ich eine Frage zur Kohäsionspolitik habe?

Allgemeine Fragen können Sie an den [Service „Europe Direct“ der Europäischen Kommission](#) richten. Journalisten und Medien wenden sich bitte direkt an die [Vertretung der Europäischen Kommission ihres Landes](#), die [Sprecherin der Europäischen Kommission für Regionalpolitik](#) oder den [Sprecher für Beschäftigung, Soziales und Integration](#).

Wie kann ich eine Finanzierung beantragen?

Finanzierungsanträge müssen bei der nationalen oder regionalen Behörde, die das jeweilige Programm verwaltet, eingereicht werden. Die Kontaktdaten der Verwaltungsbehörden finden Sie auf den Websites der [GD Regionalpolitik](#) der Europäischen Kommission und des [ESF](#).